

Letzte Rettung China

Serie Schwellenländer, Teil 4: Kamerun droht die Überschuldung

Goma – Geländewagen verstopfen die Straßen. Die Fahrer hupen. Marktfrauen schreien gegen den Lärm an. Mobilfunkfirmen werben auf Plakaten mit billigen Telefonkarten. An zentralen Plätzen bauen Investoren Bürogebäude. Douala, die Hafenstadt am Atlantik, ist das ökonomische Herz Kameruns. Doch jetzt braucht es einen Schrittmacher. Der Absturz des Ölpreises auf dem Weltmarkt setzt der ehemaligen deutschen Kolonie zu.

Anfang 2014 rechnete die Regierung unter Präsident Paul Biya mit Jahreseinnahmen aus dem Öl-Geschäft von 1,3 Milliarden Dollar. Nun schätzen Ökonomen die Einnahmen auf bestenfalls die Hälfte des Betrags. Und das, obwohl die Produktion laut Regierung innerhalb eines Jahres um 15 Prozent auf 23 Millionen Barrel gestiegen ist.

Kamerun verdient zwar auch mit dem Handel von Kakao, Kaffee, Baumwolle und Holz sowie mit Tourismus. Doch für den Aufbau des Landes sind die Öl-Einnahmen zwingend notwendig. Präsident Biya reagiert auf den Einbruch mit einem Notprogramm in Höhe von 1,75 Milliarden Dollar. Angeblich will er Straßen, Stromleitungen und Pipelines bauen. Vor allem aber will der greise Präsident, 82, seine Vision retten. Biya, schon seit 32 Jahren im Amt und zunehmend unbeliebt, wünscht, dass Kamerun bis 2035 zum Schwellenland aufsteigt.

Vorläufig steht das Land im Entwicklungsindex der Vereinten Nationen aber nur auf Platz 152 von 187. Fast die Hälfte der 22 Millionen Einwohner lebt in Armut. Jugendliche finden kaum reguläre Arbeit. Sie jobben als Tagelöhner, verkaufen Telefonkarten oder Kekse, schleppen Lasten im Hafen von Douala. Noch härter ist das Leben im Norden. Außer Savanne gibt es fast nichts, trotzdem versuchen die Menschen, als Bauern zu überleben.

Der Absturz des Ölpreises setzt der ehemaligen deutschen Kolonie stark zu

„Korruption, Misswirtschaft und schlechte Regierungsführung verstärken die Diskrepanz zwischen arm und reich. Die Stimmung in der Bevölkerung ist schlecht“, berichtet David Bayang, stellvertretender Koordinator der Kommission Gerechtigkeit und Frieden in der Diözese Douala. Besonders wütend seien die Kameruner darüber, dass die Regierung im Juni die Subventionen für Benzin strich. Die Preise haben bis zu 15 Prozent angezogen. Biya hatte die Subventionen 2008 eingeführt, nachdem Demonstranten und Polizei blutig aneinander geraten waren. Auslö-

ser für die so genannten Hungerrevolten waren exorbitante Lebensmittelpreise.

Yves Ekoué Amaïzo, Ökonom und Direktor der Denkfabrik Afrocentricity in Wien, sagt, die Kameruner büßten stetig an Kaufkraft ein. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf liege seit Jahren unter der Inflationsrate. Für das abgelaufene Jahr erwartet er ein Wachstum des BIP pro Kopf (2013: 1290 Dollar) um 2,5 Prozent bei einer Inflationsrate von 3,2 Prozent.

Das Land könnte Hilfe in Fernost suchen. Die Asiaten bauen Straßen und Kraftwerke – gegen Rohstoffe

Nach Ansicht Amaïzos wird das ökonomische Überleben für viele Kameruner noch schwieriger werden. Die Regierung müsse angesichts mangelnder Öl-Einnahmen 40 Prozent ihrer geplanten Projekte verschieben, reduzieren oder annullieren. Sie werde vor allem das Sozialbudget kürzen. Das treffe die Schwachen.

Die Afrikanische Entwicklungsbank hat wegen des Ölpreisverfalls die Wachstumsprognose 2014 für die Länder der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft von 5,6 auf 4,9 Prozent revidiert. Außer Kamerun gehören zu dieser Gemeinschaft die Zentralafrikanische Republik, Tschad, Republik Kongo, Gabun und Äquatorialguinea. Ihre Währung, der zentralafrikanische Francs, ist fest an den Euro gebunden.

Kamerun gilt als Zugpferd in der Region. Doch der Handel lahm in letzter Zeit. Im Nachbarland Zentralafrikanische Republik herrscht Krieg. Die Grenze zum wirtschaftlichen Schwergewicht Nigeria war zeitweise geschlossen, weil dort Menschen an Ebola starben. Zudem sickert die islamistische Miliz Boko Haram aus Nigeria nach Kamerun ein, mordet, plündert und entführt. Der Krieg gegen die Terroristen belastet die Staatskasse zusätzlich.

Das private Büro für Wirtschaftsstudien und Statistik in der kamerunischen Hauptstadt Yaoundé sieht die Gefahr der Überschuldung steigen. Die ausstehenden Kredite lägen bei 20 Prozent des BIP, und das ohne die Bankschulden für Biyas Notprogramm.

Ökonom Amaïzo ist überzeugt, dass Kamerun verstärkt Hilfe in China suchen wird. Die Asiaten betreiben in Afrika eine Art Tauschhandel. Sie bauen Straßen und Kraftwerke und erhalten Rohstoffe. Das schont Staatskasse und Nerven der Diktatoren. Anders als westliche Länder halten sich die Chinesen aus der Politik heraus. Ob die Afrikaner Wohlstand für Arme schaffen, ist ihnen egal. **JUDITH RAUPP**